

Zypern-Statut aus dem Jahre 1959 überholt und müsse durch neue Vereinbarungen abgelöst werden.

17. 8. — U S A. Auf der Eröffnungssitzung der Programmkommission des Demokratischen Parteikonvents vertritt Außenminister Rusk die Ansicht, die Politik der USA gegenüber den kommunistischen Ländern müsse „von mehr als unversöhnlicher Feindschaft geprägt“ werden. Es sei nötig, „Gebiete einer möglichen Übereinstimmung in Fragen von gemeinsamem Interesse und von beiderseitigem Vorteil“ zu suchen. — Vom 25.—29. 8. tagt der Konvent in Atlantic-City und nominiert Präsident Johnson für die kommenden Wahlen. Kandidat für die Vizepräsidentschaft wird Senator Hubert Humphrey.

21. 8. — D D R. Der Staatsrat sichert in einem Erlaß allen Personen, die die DDR vor dem 13. August 1961 unter „Verletzung der gesetzlichen Bestimmungen“ verlassen haben, im Falle ihrer Rückkehr Straffreiheit zu.

23. 8. — R u m ä n i e n. Während der Feiern zum 20. Jahrestag der Befreiung führen in Bukarest Delegationen aus allen Ostblockstaaten, darunter der sowjetische Staatspräsident Mikojan, Gespräche mit den führenden Politikern des Landes.

24. 8. — P o s t k o n t r o l l e. Bundespost und Finanzministerium verweigern eine Stellungnahme zu Berichten des „Spiegel“ über die Vernichtung von Postsendungen aus der DDR im Strafgefängnis Hannover. Die Zahl der nach dem „Gesetz zur Überwachung strafrechtlicher und anderer Verbringungsverbote“ kontrollierten und beschlagnahmten Briefe, gelte als „Verschlußsache“.

27. 8. — T s c h e c h o s l o w a k e i. Der sowjetische Ministerpräsident Chruschtschow trifft in Prag ein. Anlaß des mehrtägigen Besuches ist der 20. Jahrestag des slowakischen Volksaufstandes.

30. 8. — B e r l i n. Zu den laufenden Passagierscheingesprächen zwischen der DDR und dem Senat von Westberlin stellt der Regierende Bürgermeister fest, es seien „in der Sache und in der Form einige Fortschritte erzielt worden“. Es gelte jetzt, „auch die letzten noch offenen Fragen zu klären“.

31. 8. — A r a b i s c h e L i g a. Die Außenminister der 13 Mitgliedsstaaten treten zu einer Konferenz zusammen. Auf der Tagesordnung stehen u. a. die Entwicklung im Kongo und die Schaffung eines gemeinsamen arabischen Wirtschaftsmarktes.

Die Lage

Dr. Achim v. Borries

Für eine „Politik des Schlußstrichs“

I

In der WELT vom 27. August war in einem Bericht aus Bonn zu lesen:

„Der 1. September wird in Bonn ein Tag wie jeder andere sein. Vermutlich wird Bundeskanzler Erhard der 25. Wiederkehr jenes Tages, an dem deutsche Truppen die polnische Grenze überschritten und damit den Zweiten Weltkrieg begannen, in einem Artikel gedenken. Vielleicht wird er auch einige Worte im Rundfunk zu uns sprechen. Das aber ist alles.

Was sollte denn mehr geplant sein? Ein Bundestagsabgeordneter fragte uns das erstaunt, als er auf dieses Thema angesprochen wurde. In seinem Erstaunen kam das weitverbreitete Unbehagen darüber zum Ausdruck, immer nur der Kata-

DIE LAGE

strophen und Niederlagen, der gescheiterten Attentate und Aufstände, der falschen und sogar verbrecherischen Politik gedenken zu müssen.

Niemand in der Bundesregierung, niemand im Bundestag kam auch nur auf den Gedanken, am 1. September in einer besonders betonten Form, mit einer Sitzung oder was immer es sei, den Blick 25 Jahre zurückzulenken und daraus Folgerungen und Lehren für die Gegenwart zu ziehen."

Das hier erwähnte Versäumnis macht besonders deutlich, wie unklar noch immer das Verhältnis der Bundesrepublik zur jüngsten deutschen Vergangenheit ist. Auch die Reden des Bundeskanzlers und des Bundestagspräsidenten zum 1. September ändern daran nichts: einer wirklichen Konfrontation mit jener Vergangenheit weicht man am liebsten aus. Einer Konfrontation nämlich, die dann alle die konkreten politischen Konsequenzen verlangen würde, um die wir uns ungeachtet aller Worte über „Vergangenheitsbewältigung“ immer noch herumdrücken, mit deren bloßer öffentlicher Erörterung bestimmte politische Tabus berührt werden.

An dieser Halbherzigkeit und Inkonsequenz krankt unser nationales Selbstverständnis, und sie ist gleichzeitig das Kernübel unserer heutigen Politik. Gewiß, der Bundeskanzler hat des Tages gedacht, an dem das Deutschland Hitlers den Zweiten Weltkrieg entfesselte. Aber man wird schwerlich sagen können, dieser 1. September 1964 sei in der Bundesrepublik ein Tag nationaler Selbstbesinnung in dem einzig fruchtbaren weiten und tiefen Sinne gewesen. Stattdessen hat sich in letzter Zeit die Aktivität gewisser Kreise verstärkt, die deutsche Verantwortlichkeit für den Zweiten Weltkrieg abzuschwächen oder gar ganz zu leugnen. Sogar in offiziellen Äußerungen zum 1. September fanden sich Hinweise auf die „Mitschuld Stalins am Kriege“, woraus vielfach nur allzu schnell das „Hitler und Stalin zusammen haben den Krieg entfesselt“ wurde! Auch dies ein Versuch, sich wenigstens teilweise von der eigenen Vergangenheit zu entlasten. (Vgl. dazu den Beitrag über den Deutsch-sowjetischen Vertrag vom August 1939 in der Spalte „Anmerkungen, Glossen, Zuschriften“ dieses Heftes.) In Wahrheit handelt es sich hier um ganz verschiedene Formen und ein völlig verschiedenes Maß von Verantwortung und Schuld.

Mit alledem entgehen wir der Vergangenheit doch nicht. Überall in der Politik des Tages begegnen wir ihr, vor allem in der Ostpolitik. Alle politischen Hauptprobleme der Gegenwart führen auf sie zurück. Und daraus folgt, daß eine sinnvolle deutsche Ostpolitik nur möglich ist, wenn sie von den geschichtlichen Hypothesen ausgeht, die die Bundesrepublik als Nachfolgestaat des Deutschen Reiches übernommen hat. In unserer Politik gegenüber Frankreich werden sie grundsätzlich anerkannt, die Wiedergutmachungsleistungen an den Staat Israel tragen diesem Zusammenhange ebenfalls Rechnung — doch in der Ostpolitik will man nach wie vor davon möglichst wenig wissen.

Weder ein „Wirtschaftswunder“ noch eine „Wiederaufrüstung“ können Geschehenes von der Tragweite dessen, was zwischen 1939 und 1945 in Osteuropa unter deutscher Herrschaft geschehen ist, ungeschehen machen. Darum steht die Bundesrepublik noch immer vor der Frage, ob sie endlich die praktischen politischen Konsequenzen aus der Tatsache ziehen will, daß Deutschland den Zweiten Weltkrieg ebenso total verloren wie total verschuldet hat. Ob es sich um das Problem der Oder-Neiße-Grenze und damit unser Verhältnis zu Polen, um die Frage des Sudetenlandes und unser Verhältnis zur Tschechoslowakei, schließlich die Frage der Atomrüstung und damit unsere Beziehungen zu allen osteuropäischen Staaten, nicht zuletzt zur Sowjetunion handelt: immer wieder stoßen wir auf die Notwendigkeit, Konsequenzen zu ziehen. Nicht anders als durch eine fundamentale, glaubwürdige Wandlung unserer Gesinnung und unserer Politik ver-

möchten wir den Schatten jener Vergangenheit mit der Zeit loszuwerden. Und nicht allein der Sache der uns aufgegebenen Versöhnung mit Polen, Russen und Tschechen täten wir damit einen Dienst, sondern auch uns selbst. Denn nur so werden wir einen Weg in die Zukunft finden und nicht mehr, wie bisher, in diese Zukunft mit verdrängtem schlechten Gewissen und ohne sinnvolle politische Konzeption gleichsam hineinstolpern.

An Beteuerungen „guten Willens“ hat es in Bonn vor und nach dem 1. September 1964 nicht gefehlt. Aber sie bedeuten nun einmal wenig. Denn nach wie vor ermangeln sie jener letzten Glaubwürdigkeit, die ihnen nur angemessene Taten zu geben vermögen. Und diese sind, alles in allem, ausgeblieben. Ja, jene Beteuerungen selbst werden immer wieder durch allzu viel Anderes, Befremdliches, Mißtönendes direkt in Frage gestellt.

Aber wie dem auch sei: konkrete politische Konsequenzen werden uns bestimmt nicht erspart bleiben. Es kommt alles darauf an, daß sie Sache unseres freien Willens, unserer Einsicht — und uns nicht als ein über uns verhängter Zwang eines Tages einfach auferlegt werden. Mit anderen Worten: es kommt darauf an, den längst fälligen Schlußstrich unter den Zweiten Weltkrieg, den Krieg Hitlers, zu einem Akt unserer vielberufenen Selbstbestimmung und damit zu einem Element einer in die Zukunft weisenden deutschen Politik zu machen! Derjenige deutsche Politiker verdiente das Prädikat eines Staatsmannes, der es auf sich nehmen würde, vor der Nation und für sie eine solche „Politik des Schlußstrichs“ zu vertreten. Er würde eine wahrhaft befreiende Tat tun.

II

Jedermann, der sich in der deutschen Politik dieser Tage einigermaßen auskennt, wußte sogleich, wen Bundeskanzler Erhard meinte, als er in einem Interview mit dem Bayerischen Rundfunk am 25. August sagte, er werde nicht dulden, daß „unter dem Feigenblatt einer angeblich konservativen Politik ein neuer Nationalismus bayerischer Provenienz entwickelt wird“; und er hoffe, daß Bayern diesmal standhafter sein werde als in vergangenen Zeiten ... Die Gemeinten selbst fühlten sich denn auch durchaus getroffen; teils mimten sie Empörung, teils spielten sie die beleidigte Unschuld. Flugs machte sich Herr Junker, seines Zeichens bayerischer Innenminister (CSU), daran, sozusagen „gutachtlich“ nachzuweisen, daß die „rechtsradikalen Gruppen“ in Bayern von Jahr zu Jahr schwächer, bedeutungsloser werden. Wie sollten sie auch anders, als immer schwächer werden — wo ihnen inzwischen doch in der großen Sammelpartei CSU eine längst übermächtige Konkurrenz erstanden ist. Von der freilich, und damit von den Kadern des Franz Josef Strauß, sprach Herr Junker nicht.

Daß es in Bayern seit einigen Monaten mit nur allzu „rechten“ und gerade darum nicht mehr mit rechten Dingen zugeht, ist in letzter Zeit wiederholt festgestellt worden. Wir zitieren hier noch einmal die bereits im Juni-Heft der „Blätter“ erwähnten Warnungen Albrecht von Kessels in der WELT vom 27. Mai:

„Inzwischen hört man aus Bayern merkwürdige Gerüchte. Unter Berufung auf gaullistische Methoden soll sich dort ein Bündnis zwischen dem rechten Flügel der CSU, den radikalen Vertretern der Vertriebenen und den Kreisen um die Nationalzeitung anbahnen. Diesmal heißt es, rechtzeitig aufpassen. Ein Rückfall in einen Nationalismus, in welchem Gewand auch immer er auftreten möge, wäre das Ende jeder Hoffnung auf Wiedervereinigung und der Tod jeder Einigung Europas.“

Gerade diese Kreise sind es, die Prof. Erhard seit Monaten heftig zusetzen, die nicht müde werden, seine Ansätze zu einer neuen Außenpolitik zu attackieren. Ihre Agitation ist längst mehr als nur ein innerparteiliches Problem der CDU/CSU,

DIE LAGE

sie ist eine ernste Gefahr für die deutsche Politik geworden. Denn sie sind die Vertreter eines außenpolitischen Revisionismus, der uns daran hindern will, den notwendigen Schlußstrich unter die Vergangenheit zu ziehen. Keineswegs handelt es sich um eine rein bayerische Bewegung; die Bonner CDU-Fronde der Adenauer, Krone, Duffhues spielt hier eine führende Rolle. Die Hauptmacht des revisionistischen Blockes jedoch, der sich in den letzten Monaten gebildet hat, ist bis jetzt in Bayern konzentriert. (Siehe zu diesem Thema auch den Aufsatz von Lorenz Knorr in diesem Heft.)

Der Bundeskanzler hat offensichtlich die Gefährlichkeit dieser Tendenzen erkannt, jedenfalls hat er sie erstmals, ohne Namen zu nennen, beim Namen genannt. Er hat dann freilich auf den Einspruch des Ministerpräsidenten Goppel hin seine „unglücklichen Formulierungen“ durch eben diese Wendung in einer für seinen politischen Stil leider schon charakteristischen Weise wieder abgeschwächt. Das mußte, einmal mehr, den Eindruck einer gewissen Unsicherheit, eines Mangels an Entschiedenheit erwecken, wie auch die Absage des zunächst fest vereinbarten Gesprächs mit dem bayerischen Ministerpräsidenten wie ein Ausweichen aussieht.

Es wird auf die Dauer nicht genügen, daß der Kanzler sich ab und zu von der nicht zu unterschätzenden revisionistischen Gruppe verbal absetzt — er wird sich mit ihr wohl oder übel politisch auseinandersetzen müssen. Die Erfordernisse der deutschen Politik zwingen ihm diesen Kampf auf. Ihn zu führen sollte ihm umso eher möglich sein, als Ludwig Erhard in dieser Frage der Unterstützung weiter Kreise auch außerhalb seiner eigenen Partei gewiß sein kann. Ja, es liegt geradezu des Bundeskanzlers Erhard große politische Chance darin, mit solch breiter Unterstützung die neo-nationalistischen Elemente, vor allem in der CDU/CSU, politisch mattzusetzen. Wie umgekehrt seine Kanzlerschaft zu einem blamablen Fiasko führen muß, wenn er die offene Auseinandersetzung mit ihnen scheut.

III

Kaum weniger beunruhigend als die Kampagne der Revisionisten schon gegen bloße Andeutungen einer sinnvolleren deutschen Politik ist das Zögern im Grunde einsichtiger, doch praktischen Konsequenzen vorerst ebenfalls ausweichender Kreise. Als Beispiel dafür sei hier auf die Ausführungen der Gräfin Dönhoff zur Frage der Oder-Neiße-Linie in der ZEIT vom 4. September eingegangen. Die Verfasserin ist als unabhängig denkende, klaresehende Publizistin bekannt. Umso befremdlicher, daß auch sie sich in dem genannten Aufsätze die von anderer, weit weniger vertrauenswürdiger Seite immer wieder vertretene These zu eigen macht „Versöhnung — ja, Verzicht — nein“. Man wird nicht daran zweifeln, daß die Gräfin Dönhoff das Wort von der Versöhnung ernst meint, im Gegensatz zu anderen, denen es nur als Feigenblatt für ihr Nein zu jedem „Verzicht“ dient. Aber gerade darum erstaunt es, sie in einem so schwerwiegenden Irrtum über die unabdingbaren Voraussetzungen einer jeden Versöhnung mit Polen befangen zu sehen.

Denn kann es nach all dem, was zwischen 1939 und 1945 und dem anderen, was von 1945 bis heute geschehen ist, auch nur den geringsten Zweifel daran geben, daß eine Versöhnung zwischen Deutschen und Polen einzig auf der Basis der heutigen Grenzen, und insofern allerdings auf der eines deutschen Verzichts möglich sein wird? Eines Verzichts wohlgemerkt nicht auf etwas, was wir noch haben, sondern auf etwas, was wir, durch eigenes geschichtliches Verschulden, vor beinahe zwei Jahrzehnten verloren haben.

Nun gibt die Gräfin Dönhoff freilich zu verstehen, daß sie auf absehbare Zeit gar keine politischen Aussichten für eine friedliche Revision der gegenwärtigen

Ostgrenzen sieht. Das müßte ihr an sich die unumgänglichen politischen Konsequenzen erleichtern. Doch sie besteht darauf, einen ausdrücklichen Verzicht dürfe es nicht geben. Gewiß hätten die Vertriebenen den faktischen Verzicht auf die Gebiete jenseits von Oder und Neiße hinzunehmen, niemals aber sei ihnen eine politische Bestätigung dieses Verzichts zuzumuten.

Und doch geht es gerade um diesen und, soweit es sich um Politik handelt, nur um ihn. Denn alles andere ist politisch nun einmal allzu unverbindlich, als daß es die andere Seite, um deren Vertrauen wir uns bemühen müssen, befriedigen könnte. Es bleibt uns wirklich nichts anderes als uns „festzulegen“. Nur das ist ein wirklicher Schlußstrich — und er wird uns abverlangt auf Grund der deutschen Polen-Politik der Jahre 1939-45. Ohne ihn ist das Wort von der „Versöhnung“ unglauwbwürdig. Der bloße „Gewaltverzicht“ genügt nicht — ist doch gerade die jüngste europäische Geschichte nur allzu reich an solchen nur pragmatisch gemeinten Erklärungen, denen die Gewaltanwendung nur allzu schnell folgte, sobald die Umstände es erlaubten. Wir befreien uns von der Last der eigenen Vergangenheit, wenn wir uns zu einem ausdrücklichen Ja zu den heutigen Grenzen bequemen. Das kann niemals ein „Verrat“ an den Toten sein: gerade ihnen sind wir, wie unsern Enkeln, eine solche reinigende Eindeutigkeit schuldig! Unseren eigenen Toten, aber auch den Millionen toter Polen und Russen, den Opfern einer wahrhaft fürchterlichen deutschen „Ostpolitik“.

Das sind in einer Bundesrepublik, die auch eine Republik der Illusionen ist, noch immer unbequeme Wahrheiten. Aber gerade die ZEIT war doch mehr und mehr ein Forum für solch unbequeme Wahrheiten geworden, so daß man von der Gräfin Dönhoff wohl ein klärendes Wort zu dieser entscheidenden Frage der deutschen Politik, nicht aber ein verwirrendes hätte erwarten dürfen.

Es gibt Ansätze zu einer neuen Bonner Politik gegenüber Polen und der CSSR. Aber über Ansätze kommen wir bisher auch nicht heraus, eben weil uns der Mut zur Konsequenz mangelt. Der 1. September hätte zu einem Tag der „Bewältigung der Vergangenheit“ werden können, hätte man ihn zum Anlaß genommen, durch einen verbindlichen politischen Akt in den deutsch-polnischen und deutsch-tschechischen Beziehungen endlich ernst zu machen mit der Versöhnung. Das wäre ein entscheidender Schritt nach vorn gewesen.

Es wird neuerdings wieder viel von der Gefahr einer internationalen „Aufwertung“ der DDR gesprochen. Aber auch die Bundesrepublik bedarf durchaus einer Aufwertung — und sie würde sich selbst nicht unwesentlich aufwerten, entschlösse sie sich endlich zu einer „Politik der Versöhnung in Wort und Tat. Der ausdrückliche Verzicht auf ohnehin nicht mehr unter deutscher Kontrolle stehende Gebiete erscheint längst als das politisch weitaus kleinere Übel, verglichen mit dem Mißtrauen, das das ständige Ausweichen der Bundesregierung vor einer solchen Entscheidung nicht allein in Osteuropa immer wieder hervorruft. Wie schwach unsere internationale Position in der Grenzfrage heute ist, haben in letzter Zeit unter anderem die Erklärungen des Generalsekretärs der gaullistischen UNR, Jacques Baumel, der der schwedischen Regierung nahestehenden Zeitung „Stockholms Tidningen“ (vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen“) und des israelischen Ministerpräsidenten Eshkol zur Frage der Oder-Neißegrenze erkennen lassen.

In diesem Zusammenhange muß ein Vorgang aus den letzten Wochen erwähnt werden, der zeigt, wie virulent der Bazillus revisionistischer Tendenzen zur Zeit ist und welche Gefahren von ihnen drohen. Der Landesgeschäftsführer der „Jungen Union“ (CDU) Hessen, Norbert Höf, forderte kürzlich, die Bundesregierung solle die noch laufenden Wiedergutmachungszahlungen an Israel einstellen und den entsprechenden Betrag einem Sonderfond für den Aufbau der Gebiete jen-

DIE LAGE

seits von Oder und Neiße zur Verfügung stellen, den Aufbau nach ihrer Wiederangliederung an Deutschland ... wenn der Staat Israel die Oder-Neiße-Grenze anerkenne. Nicht genug damit, diese Forderung wurde in Zuschriften an die Münchner „Nationalzeitung“ unterstützt u. a. von: Staatsminister a. D. Stain (GDP), Bankdirektor Herbert Prochazka, stellvertretender Landesvorsitzender der GDP in Bayern, dem FDP-Bundestagsabgeordneten Ertl, dem früheren CDU-Bundestagsabgeordneten Jakob Diel, dem Ehrenbundesvorsitzenden der Landsmannschaft Schlesien, Dr. Walter Rinke (CSU), dem Landesvorsitzenden der Landsmannschaft Schlesien in Hessen, Dr. Friedrich Stein, dem Bundesvorsitzenden der „Aktion Oder/Neiße“, Joachim Drischel, und — Probst Asmussen!

IV

Eine konsequente „Politik des Schlußstrichs“ ist nicht allein darum unerlässlich, weil Deutschland den Zweiten Weltkrieg entfesselt und total verloren hat. Das ist die entscheidende g e s c h i c h t l i c h e Voraussetzung jeder heutigen deutschen Politik. Hinzukommt eine unmittelbar politische, nämlich w e l t p o l i t i s c h e, als Bilanz der bisherigen Nachkriegspolitik der Großmächte. Der Westen kann den Kalten Krieg nicht mehr gewinnen — der Osten ebensowenig —, und damit hat die Bundesrepublik keine Chance mehr, Nutznießer eines solchen „Sieges im Kalten Krieg“ zu werden. So wird sie ihre künftige Ost-Politik auf einem langfristigen W a f f e n s t i l l s t a n d zwischen Ost und West aufbauen müssen, aus dem eines Tages ein halbwegs befriedigender Friedens-Zustand hervorgehen mag. Das ist entscheidend für das Verhältnis der Bundesrepublik zur Sowjetunion, aber auch für die inner-deutschen Beziehungen. Auch hier ist ein Schlußstrich notwendig, auch hier wird er politisch fruchtbar sein — ein Schlußstrich unter die bisherige Politik des Kalten Krieges, die materiell wie politisch allzu kostspielig geworden ist.

Die Bundesrepublik muß an einer Verbesserung ihrer Beziehungen zur Sowjetunion interessiert sein, wie umgekehrt der Sowjetunion an einer Entspannung in diesen Beziehungen gelegen sein dürfte. Der nun sichere Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten in Bonn wird Möglichkeiten dazu bieten. Erwartet man den Gast aus Moskau ohne Illusionen, dann wird man ihn nicht ohne Hoffnungen erwarten dürfen. Von den Fragen der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen ganz abgesehen, wird über das nicht zu unterschätzende Atmosphärische hinaus auch politisch vieles zu besprechen und wenn möglich zu klären sein. Es scheint nicht ganz undenkbar — wenn vorläufig auch Anhaltspunkte dafür fehlen —, daß die sowjetische Regierung zu einer gewissen Modifizierung ihrer Berlin-Politik bereit wäre, wenn die Bundesregierung sich bereit erklärt, den sowjetischen — und allgemein osteuropäischen — Sicherheitsinteressen mehr als bisher Rechnung zu tragen. Vorläufig wird das Verhältnis zwischen Bonn und Moskau durch das Bonner Streben nach maßgeblicher Beteiligung an dem Projekt der Multinationalen Atomwaffe und durch die strikte Weigerung der Bundesregierung, Entspannungskonzepte wie den Rapacki-Plan auch nur zu diskutieren, ernsthaft belastet.

Auch über die Wiedervereinigung Deutschlands wird gesprochen werden. Aber in diesem Punkte wird man von vornherein realistisch, das heißt illusionslos sein müssen. Hier gibt es nichts zu handeln und wenig zu verhandeln — zwischen Bonn und Moskau. Chruschtschow wird der Bundesregierung zu verstehen geben, daß der Weg zu einer kleinen oder relativen Wiedervereinigung Deutschlands — da an eine große, absolute zunächst überhaupt nicht zu denken ist! — über Ostberlin, über die DDR führt. Es mag, nicht ohne entsprechende Initiativen

DIE LAGE

der Sowjets, in der DDR morgen oder übermorgen Veränderungen im Sinne einer Liberalisierung des Regimes geben. Sie wären zu begrüßen. Aber auch sie werden am Grundsätzlichen nichts ändern, nämlich an der faktischen deutschen Zwei-Staatlichkeit. Die Sowjetunion hat sich erst kürzlich durch ihren neuen Freundschaftsvertrag mit der DDR noch einmal unmißverständlich festgelegt und wird von dieser Zwei-Staaten-Konzeption nicht abrücken. Abgesehen von diesem Unverrückbaren aber dürften sich Möglichkeiten genug für eine Verbesserung unserer Beziehungen zu Moskau ergeben, auch solche, die für uns von vitaler Bedeutung sind.

V

Der Verzicht auf eine längst zur Fiktion gewordene Wiedervereinigungs-Konzeption bedeutet mitnichten eine politische Selbstaufgabe der Bundesrepublik. Er gibt ihr vielmehr, endlich, die notwendige Bewegungsfreiheit für das, was heute als konkrete gesamtdeutsche Politik möglich ist. Also an Koexistenz, Kontakt und auch Kooperation mit einem kommunistischen deutschen Staate. Es versteht sich von selbst, daß das kein Weg ins „gelobte Land“ ist. Aber mit all den Schwierigkeiten, die dabei auftauchen werden, mit all den Kompromissen, die man dabei wird schließen müssen — um selbst etwas zu erreichen — ist es gewiß nicht nur sehr viel fruchtbarer, sondern auch sehr viel ehrenwerter als alles gesamtdeutsche Getue und Gerede der letzten Jahre!

Es ist erfreulich, daß über dies Problem neuerdings in der Bundesrepublik wesentlich konkreter gesprochen wird als in den Jahren zuvor. Eine offene Diskussion über die praktischen Notwendigkeiten und Möglichkeiten gesamtdeutscher Politik hat begonnen. Auch ohne daß es in Bonn ausdrücklich zugegeben wird, merkt man von Tag zu Tag deutlicher: die alte Politik ist tot. Noch befinden wir uns in einer Übergangssituation, in einer Art Gärungszustand, aus dem hoffentlich bald eine klare und konsequente neue Konzeption hervorgehoben wird. Denn einer solchen bedarf es, sollen die sich bietenden Chancen gesamtdeutscher Politik voll wahrgenommen werden.

Doch es wird nicht allein diskutiert, es wird auch bereits experimentiert. Am 17. August wurde zwischen der Bundesbahn und der Deutschen Reichsbahn eine Vereinbarung über eine Erweiterung des Güterzug-Verkehrs nach Westberlin abgeschlossen, die durch die schwierige Verkehrslage, infolge der anhaltenden Trockenheit, auf den Schifffahrtswegen notwendig geworden war. Dabei hat man die Unterschriftenformeln „im Auftrag der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn“ und „im Auftrag des Verkehrsministeriums der DDR“ gewählt — und es erscheint unfruchtbar sophistisch, nun darüber nachzutrübeln, welches Mehr an „Anerkennung“ der DDR das bedeutet, gemessen an der bisherigen Unterschriften-Praxis. Bereits am 14. August war ein Abkommen mit der DDR über den gemeinsamen Wiederaufbau der verkehrsmäßig wichtigen Autobahnbrücke über die Saale bei Hof unterzeichnet worden, mit der Unterschriftenformel „im Auftrag der zuständigen Behörden“, während bisher jeweils von den beiderseitigen „Währungsgebieten“ die Rede gewesen war. Gleichzeitig laufen die Passierschein-Verhandlungen in Berlin weiter. Und offensichtlich hat es auch Absprachen zwischen Bonn und Ostberlin über die Entlassung von rund 1200 politischen Gefangenen in der DDR, wie über die Freilassung des seit längerem in der Bundesrepublik unter Spionage-Verdacht inhaftierten ostberliner Verlagsdirektors Günther Hofè gegeben. Dies alles Beispiele einer vorerst noch beschränkten, aber sachlich fruchtbaren und darum ermutigenden gesamtdeutschen Praxis.

Natürlich schließt sie so etwas wie eine gewisse indirekte „Anerkennung“

DIE LAGE

der DDR ein, deren Existenz von Fall zu Fall in dieser oder jener protokollarischen Form Rechnung getragen werden muß. Aber es scheint sich hier auch eine Art Kompromiss-Praxis zu entwickeln. Die DDR macht den Abschluß vertragsartiger Vereinbarungen offenbar nicht mehr unbedingt abhängig von einem Maximum an formeller Anerkennung, sie begnügt sich mit der „kleinen Anerkennung“ in all ihren Spielarten, die ihr von Seiten der Bundesrepublik faktisch — und durchaus sinnvollerweise — mehr und mehr zugestanden wird. Das macht eine Einigung in bestimmten beiderseits interessierenden Sachfragen schon jetzt möglich. Und diese rechtfertigt mehr als genug ein zunächst pragmatisches Abrücken Bonns von seiner früheren, ebenso „festen“ wie völlig fruchtlosen Haltung in der Frage gesamtdeutscher Kontakte.

Allerdings, und damit knüpfen wir auch an schon Gesagtes an, ein bloßes „Sichdurchwursteln“ wird gerade auf diesem für Bonn weitgehend neuen politischen Terrain je länger desto weniger genügen. Ohne den Mut zu einer gewissen Konsequenz wird man hier nicht sehr weit kommen, sondern sich bald in heillose Widersprüche verwickeln. Von solchen Überlegungen scheinen auch die Initiatoren und Befürworter des aus Kreisen der FDP kommenden Projekts einer Bonner Koordinierungsstelle für gesamtdeutsche Kontakte auszugehen. (Vgl. dazu das Interview mit dem FDP-Bundtagsabgeordneten Willy Max Rademacher in diesem Heft.) Es gibt heute schon in allen Parteien Kräfte, die für eine Ausdehnung solcher Kontakte eintreten, wie es in allen Parteien starrsinnige Gegner jeder in die Zukunft weisenden Politik gibt. Nicht übersehen läßt sich aber, daß die FDP zur Zeit in dieser Hinsicht besonders aktiv ist. Es wäre unbillig, ihre Verdienste um eine wesentliche Intensivierung der politischen Diskussion, soweit es sich um die Frage der innerdeutschen Beziehungen handelt, zu bestreiten. Um so befremdlicher erscheint, gerade daran gemessen, das Stummbleiben, die Inaktivität der Sozialdemokraten, die nach wie vor alles andere als ein im notwendigen Sinne motorisches, dynamisches Element der deutschen Politik sind.

Dr. Hermann Rauschnig

1914 - 1939 - 1964

„Deine Propheten haben Dir erschaut
Trug und Tünche, haben Deine Schuld
nicht aufgedeckt, Dein Schicksal zu wenden.“
Klagelieder 2, 14

I

Können Völker aus ihren Katastrophen lernen? Man weiß, wie hart es im persönlichen Schicksal ist, sich überwindend seinem Leben eine neue Richtung zu geben. Um wieviel schwerer ist es für Völker. Denn mit „Lernen“ dessen, was man falsch gemacht hat, oder gar nur andere verfehlt und gefehlt haben, was man im einzelnen hätte anders machen müssen, ist es nicht getan. Persönliche wie nationale Katastrophen weisen nicht auf Irrtümer und Fehler in der Verwirklichung des eigenen Daseins, sondern auf eine falsche Lebensrichtung, auf „falsche Tendenzen“ (wie Goethe das zu nennen liebte). Daher kann im persönlichen Schicksal nur der sich aus seiner Katastrophe erheben, der jene „Umkehr“,